

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 888848 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Robert Anretter MdB zur Bosnien-Debatte in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates: Den Haß aus den Herzen der Menschen nehmen.

Seite 1

Manfred Reimann MdB zur Diskussion über die SPD-Mitgliederbefragung: Von einer stolzen Partei zum "Wahlverein".

Seite 2

Dr. Heinz Kaiser MdL zum Erfordernis gezielter Maßnahmen gegen Scheinfirmen-Gangster: Den Sklavenhändlern das Handwerk legen.

Seite 4

Christa Randzio-Plath MdEP zum 10. Todestag der Entwicklungsministerin am 21. Mai: Marie Schlei - ihr Mut steckt an.

Seite 5

Dokumentation

Kunstwissenschaftler appellieren im Streit um die Berliner Gedenkstätte an die Bundestagspräsidentin: "Kriegstod darf nicht wieder als akzeptabel erscheinen." Wortlaut

Seite 6

48. Jahrgang / 94

18. Mai 1993

Den Haß aus den Herzen der Menschen nehmen

Zur Bosnien-Debatte in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Von Robert Anretter MdB

Sprecher der deutschen Sozialdemokraten im Europarat

Wenn wir heute abermals über die Lage im ehemaligen Jugoslawien debattieren und wieder gezwungen sind, mit mehr oder weniger hilflosen Appellen an die Einhaltung humanitärer Grundsätze zu erinnern, so mag manchen diese Debatte als ein eher nutzloses Unterfangen erscheinen. Wieviel Selbsttäuschungen und Fehleinschätzungen, wieviel Hoffnungen auf den Durchbruch der Vernunft sind wir bereits erlegen, seit wir uns vor zwei Jahren in Helsinki mit der Eskalation der Gewalt auf dem Balkan zuerst befaßt haben!

Wir unternehmen heute im großen und ganzen zu Recht nicht den Versuch, Perspektiven für eine Friedenslösung aufzuzeigen, die über das hinausgehen, was im sogenannten Vance-Owen-Plan festgelegt wurde. Es ist daran zu erinnern, daß wir als Unterzeichnerstaaten der Europäischen Menschenrechtskonvention an die Grundsätze dieser Charta gebunden sind, die doch unseren Völkern mit ihrem Schutzsystem die Garantie bieten soll, daß in Europa nicht noch einmal die Barbarei triumphieren kann.

Können wir deshalb aber die gewaltsam betriebene Veränderung altangestammter Gebiete von Volksgruppen akzeptieren, wie es im Vance-Owen-Plan doch indirekt zum Ausdruck kommt, wenn die Praxis der sogenannten ethnischen Säuberungen einem versuchten Völkermord gleichkommt? Und wer kann die freie Zufahrt über die Transitstrassen oder Korridore garantieren, wenn eine auf Revanche sinnende Partei die Verbindungswege kappt?

Diese Punkte gehören eindeutig zu den Schwachstellen des Vance-Owen-Plans, wenngleich wir realistischerweise einräumen müssen, daß es zu diesem Plan keine Alternative gibt.

Um so tragischer wird es sich erweisen, daß dieser Plan, der ohnehin weitgehend den Wünschen der Serben entgegenkommt, von der serbischen Bevölkerung Bosnien abgelehnt wird.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. Mwst und Versand.

Verpflichteter Umgang
mit recyceltem Rohmaterial
Recycling-Papier



Es kommt jetzt darauf an, daß wir mit einer klaren und unzweideutigen Frist alle Optionen unterhalb von kollektiven Zwangsmaßnahmen ausschöpfen. Dazu gehört sicherlich folgendes: Die Sanktionen gegen Serbien als Aggressor müssen verschärft werden. Alle Auslandsguthaben Serbiens sollten beschlagnahmt werden.

Die begangenen Kriegsverbrechen auf allen Seiten, das bestialische Gemetzel und die Massenvergewaltigungen müssen genau dokumentiert und die Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden. Hier könnte dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof eine wichtige Aufgabe zuwachsen.

Der Beschluß des Weltsicherheitsrates, Schutzzonen einzurichten, muß entsprechend dem kurdischen Vorbild im Norden Iraks konsequent umgesetzt werden. Die in diesen Zonen stationierten Streitkräfte sollten das Recht haben, von ihren Waffen zu Selbstverteidigungszwecken Gebrauch zu machen.

Ich will nicht darüber spekulieren wie im Wege kollektiver Zwangsmaßnahmen die Beschlüsse des Weltsicherheitsrates umgesetzt werden können. Für die Zeit danach aber, wenn die Waffen schweigen und die Menschen wieder zu einem friedlichen Zusammenleben gelangen müssen, benötigen wir neben Soldaten zur Überwachung der Demarkationslinien auch ein Friedenskorps, europäische Freiwilligentrupps, die sich am Wiederaufbau in Bosnien-Herzegowina beteiligen werden. Hier vor allem, so meine ich, beginnen die Möglichkeiten des Europarates.

Warum könnte nicht unsere Organisation diese Friedenskorps zusammenstellen und somit dokumentieren, daß der Europarat besonders berufen ist, die Völker im ehemaligen Jugoslawien wieder nach Europa zurückzuführen? Gemischt-europäische Freiwilligenkorps, die dazu beitragen, das Leben zu normalisieren, wären nicht nur ein Stück Solidarität, sondern auch Beleg dafür, daß die europäische Verständigung sich letztlich doch gegen nationalistischen Fanatismus und Haß durchsetzen kann.

Und der Europarat muß an der Spitze derer stehen, die dabei mithelfen, den Haß aus den Herzen der Menschen zu nehmen.

(-/18. Mai 1993/rs/ks)

Von einer stolzen Partei zum "Wahlverein" Zur Diskussion über die Mitgliederbefragung

Von Manfred Reimann MdB
Vorsitzender des SPD-Bezirks Pfalz

"Klare Mehrheit für Mitgliederbefragung", schreibt die "Rheinpfalz" nach einer Befragung der SPD-Ortsvereine in Ludwigshafen. Ein Brief oder eine Befragung soll also in Zukunft die Parteivorstandsentscheidung ablösen, mangelnde Führung und fehlende politische Vorgaben sollen durch ein Stimmkreuz ersetzt und personelle Querelen ebenfalls durch ein Kreuz beendet werden.

Schlimmer noch: die Eitelkeit von selbsternannten Kandidatinnen und Kandidaten soll, wenn sich schon der Parteivorstand keine Entscheidung zutraut, durch Mitgliedervotum abgesehnet werden.

Von "interessanter Vorschlag" über "grundsätzlich gut" bis zu "problematisch" reichen die Bewertungen der Ortsvereinsvorsitzenden. Mich wundert, daß bisher noch niemand vorgeschlagen hat, die Mitglieder zu befragen, was sie denn eigentlich wollen.

Eine Urwahl über die Urwahl also? Wäre das nicht die einzig richtige Voraussetzung, in eine bewährte innerparteiliche Demokratie plebiszitäre Elemente einzubringen? Wäre es nicht der korrekte Weg, ausschließlich den Mitgliedern die Entscheidung zu überlassen, ob sie weiterhin ihre Stimme an Personen ihres Vertrauens delegieren oder jeweils selbst ihr Stimmrecht ausüben wollen? Aber dann bitte auch mit der Konsequenz von Satzungsänderungen, damit die gewollte Entscheidungsmacht auch legitimiert ist. Wasch mich, aber mach mich nicht naß - das geht nicht!

Eine Befragung "wer will wen", um dann im Parteivorstand eventuell eine andere Entscheidung zu treffen als die eigene Stimme, vielleicht sogar die Mehrheit wollte, bedeutet das Ende einer Partei. Aber wenn man die Befragung für das allein seligmachende Hilfsmittel hält, dann muß sie konsequenterweise für alle Gremien und alle Personalien angewendet werden, auf Stadtverbands-, Kreis-, Unterbezirks-, Bezirks-, Landes- ebenso wie auf Bundesebene. Und selbstverständlich auch für alle Stadtrats-, Landtags- und Bundestagskandidatinnen und -kandidaten. Wenn schon, dann schon.

Da ein "bißchen schwanger" unmöglich ist, müssten über die Personalfragen hinaus natürlich auch die Sachentscheidungen wie Asyl, Blauhelme, Kriminalität usw. in die Befragungen einbezogen werden. Soll so die demokratische Wunderwaffe aussehen? Soll so das Problem der politischen Perspektivlosigkeit gelöst werden?

Geschlossenheit der Partei bedroht

Wir hören so oft die Aussage, je individueller es zugehe, desto mehr Demokratie würden wir wagen. Ist das wirklich so? Meine Lebenserfahrung ist aber: je individualistischer sich eine Gesellschaft entwickelt, desto mehr Solidarität wird zerstört. Genau das passiert zur Zeit in unserem Bundesland! Nie war der soziale Friede mehr in Gefahr als durch den Individualismus, die sogenannte Ellbogengesellschaft. Diese Philosophie auf eine Partei zu übertragen, birgt die Fiesengefahr in sich, die noch vorhandene Geschlossenheit der Partei restlos zu zerstören und einheitliches Handeln der Mitglieder auf Dauer unmöglich zu machen. Eine solche Partei ist nicht mehr in der Lage, die Zukunft zu gestalten. Sie wird keine gesellschaftsverändernde Kraft mehr sein, der Wähler wird sie nicht mehr brauchen. Sie wird zu einer Partei, die nur noch die von den Medien vorformulierten Meinungen aufzuarbeiten hat. Welches Mitglied vor Ort weiß schon mehr über einen Kandidaten, als ihm in den Medien serviert wird, mit allen Vor- und Nachteilen.

Werden die Medien in Zukunft auch noch die große Chance haben zu bestimmen, wer von den KandidatInnen unseren Parteivorsitz übernimmt? Wohlwollende, falsche oder bewußt verzerrende Kommentare können dazu viel beitragen. Nach der Wahl kann man sich schnell entschuldigen mit dem Hinweis, einer Fehlinformation aufgesessen zu sein. Kann das z.B. in Ludwigshafen passieren, oder kennen alle 6.000 Parteimitglieder nicht nur die Namen von Barnett, Stumm und von Fliet als Bewerber um meine Nachfolge, sondern auch deren Persönlichkeit? Hier sind doch die Parteimitglieder zur Meinungsbildung auf die Unterstützung der Medien vor Ort nur angewiesen, wenn sie nicht zu den Parteiversammlungen gehen, auf denen sich die Kandidaten vorstellen. Was auf Ortsebene möglich ist, ist aber nicht auf Bundesebene übertragbar. Hier entscheiden ausschließlich die Medien, denn kein Kandidat und auch keine Kandidatin kann 11.000 Ortsvereine besuchen, um sich vorzustellen und für sich zu werben.

Nein, Mitgliederbefragungen oder Abstimmungen an der Basis werden Defizite in der Parteiführung nicht ausräumen oder schon gar nicht handlungsfähige Politik ersetzen können. Die Delegation von Vertrauen und die Entsendung der gewählten Delegierten in andere Gremien zur weiteren Entscheidungsfindung ist ein weitaus effektiveres Mittel zum Erhalt der politischen und demokratischen Handlungsfähigkeit. Die Delegierten haben durch persönliche Diskussion mit den Bewerbern um ein Amt, Sachkenntnis über ihren Werdegang, ihre Ausbildung und Qualifikation sowie über das Wissen, "wer politisch wofür steht" eindeutig bessere Entscheidungsgrundlagen. Sicher wurden auch hier schon Fehlentscheidungen getroffen, aber die Wahrscheinlichkeit, die richtige Entscheidung zu treffen, ist einfach größer.

Bloße Befragungen bedeuten Demokratie-Abbau

Wer also glaubt, inhaltliche, personelle und politische Blockaden sowie gegenseitige Strömungen in einer demokratischen Partei über den Weg von Befragungen auflösen zu können, irrt. Viele Männer und Frauen haben die Partei durch die Geschichte begleitet, für sie gearbeitet, gestritten und geflitten. Ihnen, wenn sie als Delegierte gewählt wurden, das Vertrauen in ihre Entscheidungen durch Mitgliederbefragungen absprechen zu wollen, ist harter Tobak. Wer meint, dies sei der richtige Weg, soll weiter das Mittel der Befragungen propagieren. Ich lehne dieses Mittel strikt ab. Bloße "Befragungen" ohne Kompetenz und ohne Mitentscheid bedeuten nicht mehr, sondern weniger Demokratie. Persönliches Karrierestreben per Befragung an den gewählten Parteigremien vorbei ma-

dienwirksam zu betreiben, ist für mich genauso unakzeptabel wie der in Urwahl gewählte Bürgermeister einer Gemeinde oder Stadt, der mit 40 Prozent Wahlbeteiligung und 25 Prozent Wählerstimmen, wie aktuelle Wahltrends zeigen, seine Funktion erlangt.

Demokratie lebt von der Kontrolle der Gremien, nicht von freischwebenden, in geringer Urwahlbeteiligung und mit noch weniger Pro-Stimmen gewählten Personen, die sich hinterher nur noch sich selbst verantwortlich fühlen und sonst niemandem. Am wenigsten der eigenen Partei.

(-/18. Mai 1993/rs/ks)

Den Sklavenhändlern das Handwerk legen **Zum Erfordernis gezielter Maßnahmen gegen Scheinflirmen-Gangster**

Von Dr. Heinz Kaiser MdL

Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Großbetrüger vom Bau verdienen mehr als die Drogenbarone. Maßnahmen gegen die Scheinflirmen-Gangster und gegen die arbeitsteilig organisierte Mafia - nach Schätzungen werden den Sozial- und Staatskassen in der Bundesrepublik jährlich 50 Milliarden Mark entzogen - fordert jetzt die Bayerische SPD-Landtagsfraktion. Die Staatsregierung soll Sonderkommissionen und Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften zur Bekämpfung strafbarer illegaler Beschäftigung einrichten. Den skrupellosen Sklavenhändlern und Steuerhinterziehern muß endlich das Handwerk gelegt werden.

Ich verweise auf ein vom 25. Januar 1993 datiertes Schreiben von Bundesarbeitsminister Blüm an die Länder-Arbeits- und -Wirtschaftsminister, nach dem die Schwarzarbeit verstärkt zu bekämpfen und auf die ordnungsgemäße Abführung von Sozialversicherungsbeiträgen durch die Arbeitgeber zu achten sei. In einer Schriftlichen Anfrage will ich von der Staatsregierung wissen, ob es für Bayern zutrifft, daß - wie von Minister Blüm beklagt - die Zusammenarbeit zwischen den mit der Kontrolle der Sozialversicherungsausweise beauftragten Behörden - also den Arbeitsämtern und den Hauptzollämtern - und den Einzugsstellen - insbesondere den Allgemeinen Ortskrankenkassen - bislang nur unzureichend funktioniert.

Was gedenkt die Staatsregierung zur Verbesserung der gegenseitigen behördlichen Abstimmung zu unternehmen? Teilt die Staatsregierung die Auffassung des Bundesarbeitsministers, daß die laut Gewerbezentralregister 1991 insgesamt 438 rechtskräftigen Bußgeldentscheidungen gegen Schwarzarbeiter und Ihre Auftraggeber im Ergebnis unbefriedigend sind? Worin liegen die Gründe für diese niedrige Quote? Und wie sehen die Zahlen in Bayern aus? Was unternimmt die Staatsregierung zur verstärkten Bekämpfung der Schwarzarbeit?

Bezug nehme ich auf ein Schreiben von Bundesarbeitsminister Blüm an die Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger. Danach könnte durch Anwendung der geltenden Straftatbestimmungen im Arbeitsförderungsgesetz und Arbeitnehmerüberlassungsgesetz ein größerer Beitrag zur Bekämpfung der illegalen Ausländerbeschäftigung geleistet werden. In einer weiteren Schriftlichen Anfrage will ich von der Staatsregierung wissen, ob diese Aussage zutrifft und ob auch von der bayerischen Justiz die Straftatbestände nicht in dem wünschenswerten Umfang angewandt werden, obwohl der Gesetzgeber durch die Androhung eines Strafrahmens von bis zu fünf Jahren Freiheitsstrafe erkennen läßt, wie hoch er den Unrechtsgehalt dieser Straftaten einschätzt.

Weitere Fragen sind: Weshalb gab es nach der polizeilichen Strafverfolgungsstatistik 1990 in den alten Bundesländern zwar 1.544 Ermittlungsfälle, aber nur 68 Verurteilte? Wie sehen die Zahlen für Bayern aus? Zu wievielen Einstellungen der Verfahren wegen Geringfügigkeit kam es in Bayern, weil die soziale Gefährlichkeit der Beschäftigung eines ausländischen Arbeitnehmers ohne Arbeitserlaubnis unter ausbeuterischen Bedingungen oder die Störung des Arbeitsmarktes durch umfangreiche oder wiederholte illegale Ausländerbeschäftigung nicht erkannt worden sind? Wird in Bayern eine wirkungsvolle Mitarbeit der Justiz beim Kampf gegen illegale Beschäftigung durch zu enge Mitteilungsvorschriften beeinträchtigt?

(-/18. Mai 1993/rs/ks)

Marie Schlei - ihr Mut steckt an
Zum 10. Todestag der Entwicklungministerin am 21. Mai

Von Christa Randzio-Plath MdEP
Vorsitzende des Marie-Schlei-Vereins

"Marie, das gibt es nur einmal, das kommt nicht wieder", schrieb Herbert Wehner an Marie Schlei, als sie die erste und bisher einzige Entwicklungsministerin der Bundesrepublik Deutschland wurde. Marie Schlei nutzte ihre und unsere Chance. Sie erhöhte die Entwicklungshilfe. Sie nahm für die Bundesrepublik erstmals Kontakte zu Befreiungsbewegungen auf. Sie führte die Frauenfrage im Internationalen Jahrzehnt der Frau in die entwicklungspolitische Diskussion ein und war über alle Partei- und Ländergrenzen von Frauen respektiert. Von ihr stammt die Feststellung: "Dem Mann haben wir geholfen, die Frauen haben wir durch unsere Hilfe weiter benachteiligt." Sie setzte 1978 ein Frauenförderungsprogramm durch und erstellte das erste "Frauenpapier" zur Situation der Frauen in Entwicklungsländern, das weltweit Beachtung fand. Dabei stand sie der Frauenbewegung immer mit einer gewissen Distanz gegenüber. Aber sie war leidenschaftlich engagiert gegen das Unrecht gegenüber Frauen. Sie wollte, daß Frauen lernen, um Männern gegenüber gleichberechtigt zu sein.

Immer wirkte sie für Benachteiligte. Sie handelte als Mitglied des Bundestagsausschusses genauso entschieden wie früher als Lehrerin. Reformen waren für sie eine Möglichkeit. "Menschen dort abzuholen, wo sie stehen, das heißt, sich nicht als Heilsprediger aufzuspielen und sich nicht die Lebenskonzeption anderer anzumaßen".

Marie Schlei starb im Alter von 63 Jahren vor zehn Jahren, am 21. Mai 1993, an Krebs. In Erinnerung an sie wurde der Marie-Schlei-Verein gegründet. Ein lebendiges Denkmal ist dieser mutigen Frau gewidmet, die auch Mutter Courage genannt wurde. Sie war Arbeiterkind, Verkäuferin, Postangestellte, Ehefrau und Mutter, Lehrerin, Schulrätin, Abgeordnete, Ministerin. Lernen ist auch das Ziel des Vereins: Frauen in den Ländern des Südens werden vor Ort ausgebildet, um ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Frauen in den Ländern des Norden lernen über die Rolle der Frauen im Süden und von ihnen.

"Wir tragen eine schwere Last, aber wir sind die Frauen", singen Frauen in Simbabwe. "Wir sind die Welt, wir sind die Frauen", behaupten stolz alle afrikanischen Frauen, die Marie Schlei besonders achtete, weil ihre Armut ihnen weder Stolz noch Humor nahm. Der Marie-Schlei-Verein arbeitet mit Frauen und Frauengruppen im Tschad oder im Senegal, in Tansania oder in Mauretanien, in Guinea oder in Botswana zusammen. Es sind Ausbildungsprojekte, die Frauen sich ausdenken, sie planen. Es handelt sich um Gemüseanbau oder Bewässerung, um Fischverarbeitung oder Viehzucht, um Nahverkehr oder Nähwerkstätten. Immer wissen die Frauen in den Projekten, daß es auf sie ankommt. Die Ausbildung erfolgt vor Ort, ihre Lehrerinnen kommen aus ihrer Umgebung, ihre Ausbildung läßt sich mit ihrem Alltag vereinbaren. Schließlich sind Frauen weltweit für die Versorgung der Familien verantwortlich. Da leisten sie sich nur eine Ausbildung, mit der sie tatsächlich ihre Lebensbedingungen verbessern können. Das gilt für Afrika genauso wie für Asien oder Lateinamerika. Frauen haben Chancen, wenn schwesterliche Solidarität sie stützt. Ideen und Pläne haben Frauen im Süden selbst, aber sie besitzen weder Geld noch Know how. Auf dem Land wie in der Stadt bleibt die Frau marginalisiert und arm. Ihre Beteiligung am Entwicklungsprozeß ist eine Forderung von Marie Schlei. Zu recht. Frauen können und müssen das Überleben organisieren. Die Überwindung von Hunger, Armut und Unwissenheit über Bildung und Ausbildung der Frauen ist ein bescheidener Beitrag des Marie-Schlei-Vereins im Nord-Süd-Konflikt.

In Erinnerung an Marie Schlei unterstützt der Marie-Schlei-Verein 1993 besonders Frauenausbildungsprojekte in der Landwirtschaft und Viehzucht in Schwarzafrika, dem vergessenen Kontinent. Helfen Sie helfen! Spendenkonto Marie-Schlei-Verein Bankkonto SPARDA Hamburg (206 905 00).

(-/18. Mai 1993/rs/ks)

DOKUMENTATION**"Kriegstod darf nicht wieder als akzeptabel erscheinen"**

Namhafte Kunstwissenschaftler haben in einem Brief an Professor Rita Söblich die Pläne der Bundesregierung zur Gestaltung der Gedenkstätte in Berlin kritisiert. Der Wortlaut.

Sehr geehrte Frau Bundestagspräsidentin,

durch den Einsatz der Bundeswehr in Somalia erhöht sich die Gefahr, daß militärische Eingriffe wieder zum Mittel der deutschen Außenpolitik werden. Gleichzeitig beabsichtigt die Bundesregierung ohne öffentliche Ausschreibung und ungewöhnlich schnell, die Schinkelsche Neue Wache in Berlin, wie erstmals im NS, zur zentralen Stätte offizieller Kranzniederlegungen in Deutschland zu bestimmen und die Plastik von Käthe Kollwitz "Mutter mit totem Sohn" dort aufzustellen.

Die Skulptur wird häufig der Ausgestaltung der Neuen Wache durch Tessenow entgegengesetzt: Ein Steinquader repräsentierte dort von 1931 bis in die fünfziger Jahre den "vaterländischen Altar". Er stand nicht nur für die Erinnerung an die getöteten Staatsbürger, sondern auch für die Wiederholung staatlicher Opferinszenierung nach dem Grundsatz: die Männer opfern ihr Leben und die Frauen ein Leben lang.

Die Plastik der Kollwitz droht uns diese Todessymbolik vertrauter zu machen. Die Figur der ich beugenden Frauen, die über ihren im Krieg getöteten Sohn trauert, soll als Mutter, als profanierte Madonna, jetzt zum neuen nationalen Leid-Bild werden, unter dem alle Opfer und alle Täter gleichermaßen aufgehoben sein sollen: Juden, Kommunisten und Christen, politisch, religiös und rassistisch Verfolgte, Behinderte, Schwule und die NS-Mehrheit der damaligen Bevölkerung Deutschlands. Sieht man sich die zahlreichen Kriegerdenkmäler mit trauernden Müttern der Weimarer Republik an, so wird deutlich, wie über sie Opferbereitschaft fixiert wurde. Dies wird in dem aktuellen Konzept des Herrn Bundeskanzler und Herrn Stölzels für die Neue Wache fortgeschrieben. Trotz aller Schmerzen soll "die Frau" Vorbild sein, sich aus Staatsräson in das angeblich Unausweichliche zu fügen, die Söhne in den Krieg zu schicken und danach über Mord und Tod zu trauern, Verwundete zu pflegen und erneut zu gebären.

Schon Käthe Kollwitz hat sich nach schweren psychischen Konflikten über ihre Schuld, den eigenen Sohn in den Kriegstod geschickt zu haben, von dem jetzt hier zu vergrößernden Bild der profanen "Pieta" als Zeichen staatlicher Opferbereitschaft für den Krieg distanziert. Sie meißelte statt dessen ein trauerndes Elternpaar und wehrte sich politisch aktiv gegen einen erneuten Krieg und gegen den Nationalsozialismus. In Anbetracht einer gegenwärtigen, besonders die Frauen diskriminierenden Arbeitsmarktpolitik, wachsender Arbeitslosigkeit, besonders der Töchter und Söhne unserer Generation, der erzwungenen Rückkehr vieler Mütter ins Privatleben wirkt die neuerliche Propagierung eines Symbols aller hinnehmender Opferbereitschaft der Frau zynisch.

Wir fordern Sie, Frau Bundestagspräsidentin, daher auf, die Inszenierung zur Opferbereitschaft in der Schinkelschen Neuen Wache, sei es durch Tessenows Altar des Vaterlandes, sei es durch die Aufstellung der Kollwitz-Skulptur, zu verhindern. Wir wehren uns gegen eine Kunstinstallation, die über ein Altarsymbol und/oder ein opferbereites Mutterbild in der Mitte Berlins den Kriegstod als eine unweigerliche Folge deutscher Politik wieder akzeptabel erscheinen läßt.

Professor Dr. Renate Berger, Berlin; Professor Dr. Susanne von Falkenhausen, Berlin; Dr. Daniela Hammer-Tugendhat, Wien; Professor Dr. Jutta Held, Osnabrück; Professor Dr. Konrad Hoffmann, Tübingen; Dr. Kathrin Hoffmann-Curtius, Tübingen; Professor Dr. Ulrich Kuder, Osnabrück; Dr. Helga Möbius, Berlin; Doris Noell-Rumpeltes, Heidelberg; Professor Dr. Harald Olbrich, Berlin; Professor Dr. Joachim Petsch, zur Zeit Berlin; Professor Dr. Viktoria Schmidt-Linsenhoff, Trier; Professor Dr. Norbert Schneider, Münster; Dr. Ellen Spickernagel, Bielefeld; Professor Dr. Silke Wenk, Oldenburg.

(-/18. Mai 1993/rs/ks)
